

21.03.2019

GERICHTSURTEIL IM FALL CHRISTIAN K.

“Nach Christchurch ist es ein fatales Signal, wenn staatliche Instanzen mögliche antimuslimische und rassistische Motive nicht ausreichend in Erwägung ziehen.”

Im Prozess gegen Christian K. hat das Amtsgericht Frankfurt gestern eine Entscheidung getroffen: K. wird wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Sachbeschädigung und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Seine rechtspopulistische Vergangenheit steht dabei nach Ansicht der Richter*innen in keinem Zusammenhang zur Schussabgabe. Nebenklageanwalt Mehmet Daimagüler kritisiert, dass ein rassistisches Motiv bei der Festlegung des Strafmaßes nicht berücksichtigt wurde: „Wenn der Angeklagte vor der Tat erklärt, Muslime sollen erschossen werden, und schließlich eine Situation herbeiführt, in der er Muslim*innen rassistisch beleidigt und auf sie mit einer Reizgaspistole schießt – dann ist das äußerst relevant.“

Christian K. hat 2017 auf der Frankfurter Zeil die Passantin Filiz E. wegen ihres Kopftuches mit den Worten „Sind wir denn jetzt in Bagdad? Nur noch Scheiß-Kopftücher hier!“ beschimpft. Als zwei Männer daraufhin dazwischen gehen, zog Christian K. eine Reizgaspistole und schoss einem der Männer ins Gesicht – einige umstehende Passant*innen wurden dabei ebenfalls verletzt. Christian K. ist als ehemaliger hessischer Schatzmeister der „Jungen Alternative“, der Jugendorganisation der AfD, bekannt und Recherchen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und „Frankfurter Rundschau“ zufolge in der Vergangenheit mehrfach durch rassistische Kommentare in Internet-Foren aufgefallen.

„Antimuslimische Ressentiments werden in Deutschland immer salonfähiger und bieten zunehmend Nährboden für Gewalttaten“, sagt Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank. Die in der Bildungsstätte angesiedelte hessische Beratungsstelle response für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt hat den gesamten Prozess im Auftrag der Betroffenen beobachtet. „Gerade in einer Zeit, in der die muslimische Gemeinschaft auch in Deutschland nach dem Terroranschlag von Christchurch zutiefst verunsichert ist, ist es ein fatales Signal, wenn staatliche Instanzen mögliche antimuslimische und rassistische Motive nicht ausreichend in Erwägung ziehen.“ Nach den Erfahrungen mit dem NSU-Komplex, als Hinweise auf ein mögliches rassistisches Motiv der Mordserie von Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz ignoriert wurden, seien die Behörden in der Pflicht, rassistischen oder antisemitischen Tatmotiven nachzugehen und Betroffene zu schützen.

Nebenklageanwalt Daimagüler kritisiert, dass das Gericht die Änderung des §46 StGB ignoriert habe, die infolge des NSU-Prozesses in das Strafgesetzbuch integriert wurde und explizit die Berücksichtigung einer rassistischen Tatmotivation bei der Festlegung des Strafmaßes vorsieht: „Der §46 StGB läuft ins Leere, wenn das Gericht nicht bereit ist, das Verhalten des Angeklagten im Vorfeld der Tat zu untersuchen.“ Die Nebenklageanwälte kündigen an, in Berufung gehen zu wollen.

Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Fachkräfte erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Mit zwei Beratungsstellen unterstützt die Bildungsstätte Anne Frank sowohl Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt (response.) als auch Menschen, die Diskriminierung erfahren haben (ADiBe Netzwerk Hessen). Neben dem Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ bietet die Bildungsstätte

Anne Frank mit dem Mobilien Lernlabor „Mensch, Du hast Recht(e)!“ eine Wanderausstellung, die seit 2014 auf Tour ist. Nach dem Umbau an der Hansaallee in Frankfurt zeigen wir wieder wechselnde Sonderausstellungen und bieten ein abwechslungsreiches Informations- und Diskussionsprogramm.

Weitere Informationen:
www.bs-anne-frank.de

Kontakt:
János Erkens
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
M jerkens@bs-anne-frank.de
T 069-56000249